

BLICK • BERLIN

In Nordafrika wartet eine Schlangengrube auf uns

Thomas Hanke



Vor genau 70 Jahren eroberten deutsche Truppen Bengasi - vergessen wir den Jahrestag. Die Erinnerung daran könnte ja den Gedanken aufkommen lassen, dass uns Libyen historisch gesehen doch nicht ganz so fern und fremd ist, wie es die regierungsamtliche Rhetorik - „Das Land geht uns nichts an, das ist deren Bürgerkrieg“ - gern hinstellt.

Wer glaubt, Deutschland könne sich auf Dauer aus den Konflikten in Nordafrika heraushalten, hat nicht verstanden: Die schwersten Prüfungen stehen uns noch bevor. Sie drohen dann, wenn die erhoffte Demokratisierung in Algerien und Marokko nicht auf friedliche Weise vonstatten geht, sondern zu blutigen Auseinandersetzungen führt wie in Libyen. Die Hoffnung, auch dann abseits stehen zu können, weil die ehemaligen Kolonialmächte Frankreich und Spanien gefordert sind, ist völlig illusionär. Gerade weil sie bis heute so tief verstrickt sind, würde ein isoliertes Eingreifen dieser Länder die Sache nur viel schlimmer machen. Sie sind auf die Hilfe ihrer europäischen Partner angewiesen. Für die Bundesrepublik heißt das: willkommen in einer Schlangengrube!

Mit dem Wegducken vor dem Krieg in Libyen ist nichts gelöst. Deutschlands Bündnistreue kann bald noch viel härter eingefordert werden: in Algerien oder Marokko.

Frankreich hat erst 1962 den Algerienkrieg beendet, indem es dem Land, das als integraler Bestandteil Frankreichs angesehen wurde, die Unabhängigkeit gewährte. Enge wirtschaftliche Beziehungen und die massive Migration verbinden die beiden Länder, aber die Wunden des Unabhängigkeitskrieges sind nie richtig verheilt. „Wenn wir mit den Algeriern allein in einem Raum sind, gibt es Tote“, sagte kürzlich ein französischer Regierungsvertreter. Deshalb tut Paris derzeit alles dafür, Deutschland nach dessen Abseits-Fehler in Libyen wieder in die politische Verantwortung zurückzuholen. Das ist nicht nur Freundschaft, sondern auch Vorbeugen für künftige Konflikte.

Die Verwicklung Spaniens in Marokko ist

noch heikler. Die Enklaven Ceuta und Melilla auf dem marokkanischen Festland betrachtet Madrid als unveräußerlichen Teil des eigenen Staates, auch wenn sie die letzten Reste eines früheren Protektorates sind. Das wurde in einem Krieg gegen die Rif-Kabylen verteidigt, in den auch Deutschland verwickelt war: Die Reichswehr lieferte das Giftgas, das die spanische Armee ab 1923 sogar gegen die Zivilbevölkerung einsetzte.

Sollte der marokkanische König Mohammed VI. seine Herrschaft gefährdet sehen, wäre das einfachste Ventil, seine Landsleute gegen die spanischen Enklaven aufzuhetzen. 2002 standen die beiden Länder kurz vor einem Krieg - damals wegen einer 500 m langen Insel. Die Amerikaner holten die Kastanien aus dem Feuer. Aber die Zeiten, in denen die USA sich in die Bresche schlugen, damit die Europäer im Windschatten bleiben konnten, dürften vorbei sein. Die nächsten Konflikte werden auch unsere sein. Kluge Diplomatie sollte sich darum bemühen, eine militärische Eskalation zu verhindern.

Der Autor leitet das Ressort Meinung & Analyse. Sie erreichen ihn unter: hanke@handelsblatt.com

DIE MEINUNG UNSERER LESER

Selbstmörderischer Kommunismus

Zu „Das Tabu brechen“, 5.11.2011

Die Volkswirte sehen sich wohl eher als Verteiler des Sozialproduktes, als dass sie ein solches erwirtschaften. Daher müssen wir sie wohl aufklären, wodurch ein höheres Sozialprodukt eigentlich entsteht.

Die bewährten Regeln für eine gute Zukunft besagen: „Arbeite gut, arbeite viel, lege immer mehr Saatgut zurück, schaffe dir immer bessere Werkzeuge und Maschinen, verbessere dein Haus und so weiter.“ Wer das steuerlich zu sehr bestraft, gefährdet unsere Zukunft, die Wettbewerber in Fernost warten nur darauf. Adam Smith hat die Vorteile von möglichst viel Produktivkapital schon gesehen. Karl Umpfenbach hat vor der progressiven Einkommensteuer als „selbstmörderischem Kommunismus“ gewarnt. Das Produktivkapital kann (wenn es keine Monopolstellung hat) niemanden zwingen, weder Mitarbeiter, noch Kunden und auch nicht Staaten. Aber es kann von diesen auch nicht gezwungen werden, ohne Zinsen den Lohn für das Sparen zur Verfügung zu stellen. Die Jungs, die das Land in eine gute Zukunft führen wollen, sollten weder die Überstunden der Arbeiter noch das Schaffen von Produktivkapital steuerlich zu sehr bestrafen, sonst haben wir freiwillig einen „selbstmörderischen Kommunismus“ installiert.

Fritz Boehringer

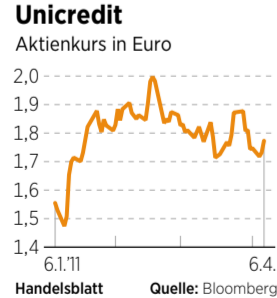
INSIDE UNICREDIT

Auffälliges Schweigen

Die Mailänder Großbank zögert mit einer Kapitalerhöhung - keine gute Idee.

Katharina Kort

Italiens Banken geraten in Bewegung: Eine nach der anderen stärkt ihr Kapital. Vergangene Woche ist die Ubi Banca mit der Ankündigung einer Aufstockung von einer Milliarde Euro vorgeprescht. Gestern hat die Großbank Intesa Sanpaolo angekündigt, bis zum Sommer fünf Milliarden Euro Kapital aufzunehmen. Die italienische Nummer drei, Monte dei Paschi, könnte im Mai mit zwei Milliarden folgen. Nur um einen großen Namen bleibt es still: Die Großbank Unicredit beharrt darauf, kein Extrakapital zu brauchen.



Die Mailänder Großbank war bisher das am stärksten kapitalisierte Haus in Italien mit einer Kernkapitalquote (Core Tier 1) von mehr als acht Prozent. Doch das dürfte sich bald ändern, wenn die Konkurrenten aufstocken. Intesa Sanpaolo etwa wird die Zehn-Prozent-Marke mit dem neuen Kapital übertreffen.

Was macht Unicredit? Die Mailänder Großbank war bisher das am stärksten kapitalisierte Haus in Italien mit einer Kernkapitalquote (Core Tier 1) von mehr als acht Prozent. Doch das dürfte sich bald ändern, wenn die Konkurrenten aufstocken. Intesa Sanpaolo etwa wird die Zehn-Prozent-Marke mit dem neuen Kapital übertreffen. Der Widerstand des Managements ist verständlich: Innerhalb der vergangenen zwei Jahre hat das Institut bereits zwei Mal sein Kapital erhöht und sich damit den Ärger wichtiger Aktionäre eingehandelt. Vor allem die mächtigen Sparkassenstiftungen waren nicht gerade erfreut, als ihnen die Dividende in Form von neuen Aktien ausgezahlt wurde.

Aber Unicredit muss damit rechnen, als systemrelevante Bank eingestuft zu werden - was einen Extrapuffer Kapital erfordert. Die bisherigen acht Prozent könnten dann zu wenig sein. Und je länger Unicredit wartet und je mehr andere Banken den Kapitalmarkt anzapfen, umso teurer wird es.

kort@handelsblatt.com

POLITISCHE FÜHRUNG

Deutschland fehlt ein großer strategischer Entwurf

Die Politik hat vieles eingeblüßt: Zuverlässigkeit, Kalkulierbarkeit, Standfestigkeit, Gewissheit. Stattdessen dominieren Hektik und strategische Konfusion die Szene. Die Folgen sind sofort handfest greifbar: Die Republik ist machtpolitisch durchgeschüttelt. Wahlabende erhalten den Stempel des „Historischen“. Die Seelenlage der Gesellschaft erscheint tief erschüttert. Dramatische Wählerbewegungen sind die Konsequenz - ebenso die sprunghaften Positionsveränderungen in der Politik. Der Republik sind die Haltegriffe der politischen Kultur abhandengekommen.

Die Schlüsselfrage jeder Gesellschaft „Wie ist der Zusammenhang zu verstehen?“ bleibt unbeantwortet. Die Gesellschaft in ihrer Gesamtlage zu erklären, dies fällt in das tiefe Loch der Politik, das von Ratlosigkeit gefüllt wird.

Die direkten Konsequenzen dieser „neuen Republik“ sind konkret: Die Bindekräfte der Republik erlahmen. Die alten Volksparteien verlieren ihre Fundamente. Der Wähler taumelt im Nebel der Detail-Feuerwerke. Dem politischen Detail-Fetischismus ohne Zusammenhangsdenken ist nicht zu vertrauen. Die moderne Gesellschaft mit hoher Arbeitsteiligkeit lebt aber vom permanenten Vertrauensvorschuss. Deutschland aber hat sich zur Misstrauensgesellschaft verändert. Die Mehrheit artikuliert in den demoskopischen Befragungen, sie vertraue inzwischen niemandem mehr. Politiker und Parteien sind geradezu zu Magneten des Misstrauens degeneriert.

Es gab Zeiten, da wurde der Orientierungsbedarf weitgehend durch das Angebot großer Ideen und Perspektiven erfüllt. Nach dem Zweiten Weltkrieg bot „Europa“ einen solchen Anker. Diese Strahlkraft hat die Einigung Europas heute eingeblüßt. Die üblichen bürokratischen Ausbremsungen und die alltäglichen Konflikte dominieren das Bild.

Das bindende Bild der „Nation“ strahlte nur kurz mit und nach dem Fall der Mauer auf. Inzwischen ist

diese Wärme im Alltag wieder einer routinetauglichen Nüchternheit gewichen. Der „Verfassungspatriotismus“ sollte gewisse Defizite beseitigen. Verfassungspatriotismus mag heute noch die Kapitel alter Lehrbücher der Sozialkunde füllen, nicht aber die aktuelle Lebenswirklichkeit.

Bezeichnenderweise wird die Frage nach der deutschen Identität wieder nachdrücklicher in einer Zeit gestellt, in der gewissermaßen Kataloge der Nachkriegsaufgaben erschöpft sind. Wenn wir davon ausgehen, dass es in Deutschland einen hohen Bedarf an Gemeinschaftsbewusstsein und Gemeinschaftserfahrung gibt, der nicht voll befriedigt wird, wenn wir also davon ausgehen, dass es ein vagabundierendes Identitätsbedürfnis gibt, von dem man noch nicht weiß, wo es sich festmachen wird, dann wird die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland wesentlich davon abhängen, ob und wie es gelingt, die kulturellen Muster der neuen Epoche zu entwerfen. Ohne diese Leistungen gerät die moderne Gesellschaft aus den Fugen. Das leise Verschwinden der Politik wird dann explosive Folgen zeigen.

Gibt es eine Lösung des Problems? Die Geschichte bietet dazu ein Beispiel. Als sich Anfang der 80er-Jahre Europa bereits einmal im mentalen und ökonomischen Verfall befand, den man als „Eurosklrose“ beschrieb, gelang ihm der Aufbruch. Man verständigte sich auf eine große Strategie der Zukunft. Mit einer klaren Zeit-Perspektive wurde die Identitätsstiftung durch eine Vollaufnahme des Binnenmarktes entdeckt. Die Eurosklrose wurde überwunden. So könnte es heute auch gelingen, die „Deutschland-Sklrose“ hinter sich zu lassen - mit einem großen strategischen Entwurf.

Der Autor ist Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung der Universität München. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Der Autor ist Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung der Universität München. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Werden Sie wirtschaftsweise.

Mehr als nur eine Zeitung: Sichern Sie sich Ihren exklusiven Zugang zu den wichtigsten Nachrichten aus der Welt der Wirtschaft – rund um die Uhr, rund um den Globus.

Empfang des Newsletters Evening Update

Zugang zum Handelsblatt Archiv

Das Handelsblatt als ePaper schon am Vorabend lesen

Das Handelsblatt täglich frei Haus

Empfang des Newsletters Morning Briefing

Darum lohnt sich das Handelsblatt-Abo:

- ▶ Aktuell: Jeden Morgen die wichtigsten Wirtschaftsinfos frei Haus
- ▶ Up-to-date: Kostenloser Empfang der Newsletter Morning Briefing und Evening Update
- ▶ Individuell: Alle für Sie relevanten Informationen – wann und wie Sie sie benötigen
- ▶ Mobil: Abonnenten nutzen das Handelsblatt ePaper und zahlreiche Applikationen für BlackBerry, iPhone und andere Geräte kostenlos
- ▶ Exklusiv: Attraktive Event-, Reise- und Kulturangebote für Abonnenten

Bestellen Sie jetzt Ihr persönliches Handelsblatt-Abo:

- 📍 Online unter: www.handelsblatt.com/vorteile
- ☎ Per Telefon: 0 180 5. 99 00 10* Code: H204390

* 0,14 €/Min. a. d. dt. Festnetz, Mobilfunkhöchstpreis 0,42 €/Min.

Handelsblatt
Substanz entscheidet.